

Stadt Bruchköbel
DER MAGISTRAT

Thomas Demuth
Stadtverordnetenvorsteher

Bruchköbel, 24.7.2015

Niederschrift

Gremium	Stadtverordnetenversammlung
Sitzungsnummer	5/2015
Datum	Dienstag, den 21.07.2015
Sitzungsbeginn	20:00 Uhr
Sitzungsende	22:42 Uhr
Ort	Stadtverordnetensitzungssaal, Hauptstraße 32, 63486 Bruchköbel

Teilnehmer:

Stadtverordnetenversammlung

Herr Thomas Demuth
Herr Patrick Baier
Herr Dietmar Beilner
Frau Sylvia Braun
Herr Klaus-Dieter Broschowsky
Herr Niels-Malte Bürgstein
Frau Patricia Bürgstein
Herr Achim Dietenhöfer
Frau Karola Dziony
Frau Elke Förster-Helm
Herr Benedikt Herget
Herr Dirk Friebe
Herr Oliver Hirt
Herr Harald Hormel
Frau Gisela Klein
Frau Katja Lauterbach
Herr Peter Ließmann
Herr Klaus Linek
Frau Henny Lüer
Frau Dana Pastor
Herr Tim Protzmann
Herr Alexander Rabold
Herr Joachim Rechholz
Herr Guido Rötzer
Herr Andreas Schafranka
Herr Michael Schreier
Frau Carina Seewald
Herr Thomas Sliwka
Frau Viola Weigl-Franz
Herr Winfried Weiß
Herr Harald Wenzel
Herr Dr. Volker Wingefeld
Herr Christoph Zugenbühler

Magistrat

Herr Günter Maibach

Frau Ingrid Cammerzell
 Herr Edwin Jessl
 Herr Reiner Keim
 Herr Manfred Lüer
 Herr Josef Pastor
 Herr H. Michael Roth
 Herr Volker Schadeberg
 Herr Jürgen Schäfer

Schrifführer

Herr Dr. Achim Wächtler

entschuldigt

Herr Alexander Kitzmann
 Herr Johannes Kortenhoeven
 Frau Rosemarie Wenzel

Tagesordnung

TOP	DS-Nr.	Titel
1		Einwendungen gegen die Richtigkeit der Niederschrift der Sitzung vom 09.06.2015
2		Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers / Anfragen an den Stadtverordnetenvorsteher
3		Bericht des Magistrats über wichtige Verwaltungsangelegenheiten und Anfragen zu diesen Berichten
4		Berichte aus den Ausschüssen
5		Fragen zu aktuellen Themen
6		Haushaltsreden der Fraktionen
7	77/2015	Antrag CDU-Fraktion: Streichung einer im Stellenplan 2015 aufgeführten Stelle
8	78/2015	Antrag CDU-Fraktion: Neustrukturierung der Kinder- und Jugendarbeit (JUZ)
9	79/2015	Antrag CDU-Fraktion: Überprüfung der Verbrauchskosten Strom und Heizung in den städtischen Liegenschaften - nebst Ergänzungsantrag
10	80/2015	Antrag SPD-Fraktion: Interkommunale Zusammenarbeit starten – Konsolidierungspotentiale nutzen
11	81/2015	Antrag BBB-Fraktion: Zuschuss für Institutionen – Produkt 05351010 - nebst Ergänzungsantrag Zuschusshöhen Hospiz bzw. LaLeLu
12	82/2015	Antrag BBB-Fraktion: Höchstbetrag Kassenkredite
13	83/2015	Antrag BBB-Fraktion: Stellenbesetzungssperre
14	84/2015	Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und BBB: Hebesatz Grundsteuer B
15	85/2015	Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und BBB: Stellenplan
16	86/2015	Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und BBB: Komplette Organisationsprüfung und Planstellenanalyse
17	87/2015	Antrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Förderung des ÖPNV
18	88/2015	Antrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

		Waldbewirtschaftung
19	89/2015	Antrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Änderung der Satzung über die Erhebung einer Steuer auf Spielapparate und auf das Spielen um Geld oder Sachwerte im Gebiet der Stadt Bruchköbel. („Spielapparatesteuer“)
20	90/2015	Antrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Stadtmarketing GmbH
21	91/2015	Antrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Jugendarbeit
22	92/2015	Antrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Erhöhung der Grundsteuer A
23	93/2015	Antrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Gewerbeflächen - nebst Ergänzungsantrag Erweiterung nach Süden
24	94/2015	Antrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Feuerwehrbedarfsplan – Feuerwehrstandorte
25	95/2015	Antrag FDP-Fraktion: Stellenplan
26	96/2015	Antrag FDP-Fraktion: Begrenzung Kassenkredit
27	97/2015	Antrag FDP-Fraktion: Freiwillige Leistungen – Feuerwehr
28	98/2015	Antrag FDP-Fraktion: Freiwillige Leistungen – technische Haushaltssperre
29	99/2015	Antrag FDP-Fraktion: Freiwillige Leistungen – Hortbetreuung
30	57/2015	Stellenplan der Verwaltung für 2015
31	62/2015	Investitionsprogramm für die Haushaltsjahre 2014 bis 2018
32	61/2015	Finanzplanung für die Haushaltsjahre 2014 bis 2018
33	60/2015	Haushaltssicherungskonzept für die Haushaltsjahre 2014 bis 2018
34	59/2015	Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2015
35	107/2015	Beschlussfassung über den geprüften Jahresabschluss 2010 und Entlastung des Magistrats
36	124/2015	Bauleitplanung der Stadt Bruchköbel, Bebauungsplan „Bindwiesen“ Abwägung und Satzungsbeschluss
37	125/2015	Bauleitplanung der Stadt Bruchköbel, Bebauungsplan „Peller II und III“ Erweiterter Aufstellungsbeschluss und Entwurfs- und Offenlagebeschluss

Protokoll, öffentliche Sitzung

Der Stadtverordnetenvorsteher begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie mit 33 anwesenden Stadtverordneten die Beschlussfähigkeit fest.

Der Stadtverordnetenvorsteher bittet alle Anwesenden, sich für den am heutigen 21.07.2015 verstorbenen Stadtverordneten Herrn Hans-Jürgen Poth zu einer Schweigeminute zu erheben und seiner zu gedenken.

1		Einwendungen gegen die Richtigkeit der Niederschrift der Sitzung vom 09.06.2015
---	--	---

Gegen die Richtigkeit der Niederschrift vom 09.06.2015 haben sich keine Einwendungen ergeben, sie gilt daher als genehmigt.

2		Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers / Anfragen an den Stadtverordnetenvorsteher
---	--	---

Der Stadtverordnetenvorsteher hat keine Mitteilungen und es liegen keine Anfragen vor.

3	Bericht des Magistrats über wichtige Verwaltungsangelegenheiten und Anfragen zu diesen Berichten
---	--

Der Bürgermeister trägt den Halbjahresbericht zur Finanzsituation der Stadt vor. Er sagt eine Versendung des Berichts mit dem Protokoll zu.

Weiter berichtet er, dass die Jahresabschlüsse 2011 und 2012 fertig gestellt sind. Er berichtet Details aus beiden Jahren.

Hinsichtlich des Beschlusses zur Wiedereinführung des HU-Kennzeichens trägt er ein Antwortschreiben des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Energie und Landesentwicklung vor. Eine Lösung werde zusammen mit dem Bund gesucht. Derzeit sei das HU-Kennzeichen jedoch im aktiven Betrieb, so dass sich noch keine seriöse Einschätzung für einen Termin zur Wiedereinführung des HU-Kennzeichens für Hanau-Land nennen lasse, wenn dies denn überhaupt erfolgen könne.

Weiter berichtet er, dass noch in den Ferien die Bauarbeiten am Kirlweg als erste Erschließungsmaßnahmen für das Baugebiet Bindwiesen beginnen werden. Während dieser Arbeiten werden auch Buslinien umgeleitet.

Auch werde im Bereich der alten Kläranlage ein Regenrückhaltebecken zur hydraulischen Regulierung des Gewerbegebiets Lohfeld gebaut. Schließlich berichtet er vom Stand der Bauarbeiten am Feuerwehrgerätehaus Oberissigheim.

4	Berichte aus den Ausschüssen
---	------------------------------

Der Stadtverordnete Linek berichtet von den Verhandlungen und Ergebnissen des Ausschusses für Bau, Umwelt und Verkehr am 14.07.2015.

5	Fragen zu aktuellen Themen
---	----------------------------

Die CDU-Fraktion hat keine Fragen.

Die SPD-Fraktion hat keine Fragen.

Die BBB-Fraktion hat keine Fragen.

Die FDP-Fraktion hat keine Fragen.

Für die GRÜNE-Fraktion der Stadtverordnete Linek.

„1. Die Stadtverordnetenversammlung hat in der Sitzung vom 24.02.2015 (TOP 9, DS 150/2014 – Änderungsantrag) einstimmig beschlossen, dass der Magistrat bis vor der Sommerpause 2015 berichtet, ob auch andere Kommunen aufgrund der Gesetzeslage kommunale Einrichtungen in kommunalen Wäldern zurückgebaut haben bzw. ob diese keinen Handlungsbedarf sehen. Weiterhin wurde der Magistrat beauftragt, einen Entscheidungsvorschlag vorzulegen, wie im Stadtwald Ruhebänke aufgestellt werden können.“

Zur heutigen Stadtverordnetenversammlung liegen weder ein Bericht noch ein Entscheidungsvorschlag noch ein Sachstandsbericht vor.

Wir fragen daher den Magistrat:

- Warum wurde der Auftrag der Stadtverordnetenversammlung nicht fristgerecht ausgeführt.
- Warum wird die Stadtverordnetenversammlung nicht darüber informiert, wenn es Gründe gibt, die eine fristgerechte Umsetzung verhindern.
- Bis wann werden der aus dem Beschluss vom 24.02.2015 resultierende Bericht und der Entscheidungsvorschlag der Stadtverordnetenversammlung vorlegt?“

Der Bürgermeister bekundet, es handele sich um einen komplexen Sachverhalt, zu dessen Regelung eine Magistratsvorlage in Arbeit sei. Bislang seien nur Stellungnahmen von Beteiligten Behörden bzw. Verbänden angefragt worden.

„2. Die Anwohner im Kuhweg haben ihre Anliegergebühren durch einen Ablösebetrag vorab vor Endausbau der öffentlichen Verkehrsflächen bezahlt. Der Ablösebetrag wurde auf Grundlage einer Asphaltierung der Straßenflächen kalkuliert. Nunmehr werden alle Verkehrsflächen mit Betonsteinen gepflastert. Erfahrungsgemäß ist das teurer, weil aufwändiger.

Wir fragen den Magistrat:

Wer übernimmt die Mehrkosten? Die Anlieger können nicht mehr dazu herangezogen werden.“ Der Bürgermeister trägt aus der seinerzeitigen Vorlage aus dem Jahre 2008 vor und bekundet, dass genauso wie es damals beschlossen wurde auch gebaut werde. Insofern sei die Frage nicht nachvollziehbar, jedenfalls sein keine Veränderung bei den Kosten zu erwarten.

6

Haushaltsreden der Fraktionen

Der Stadtverordnete Rötzer hält die Haushaltsrede für die CDU-Fraktion.

Der Stadtverordnete Beyer hält die Haushaltsrede für die SPD-Fraktion.

Die Stadtverordnete Bürgstein hält die Haushaltsrede für die GRÜNE-Fraktion.

Der Stadtverordnete Rabold hält die Haushaltsrede für die BBB-Fraktion.

Die Stadtverordnete Braun hält die Haushaltsrede für die FDP-Fraktion.

Hierbei weist die Stadtverordnete Braun auf eine Versendung der Änderungsanträge von CDU, GRÜNE und FDP per Email an die Fraktionsvorsitzenden Beyer und Rabold hin.

Der Stadtverordnetenvorsteher legt hier Wert auf die Feststellung, dass die Änderungsanträge der Fraktionen von CDU, GRÜNE und FDP nicht durch das Sitzungsbüro versendet werden sollten, diese lagen dort bis zur Stunde ebenfalls nicht vor, sondern direkt unter den Fraktionsvorsitzenden. Die Stadtverordnete Braun bestätigt diesen Umstand.

Der Stadtverordnete Rabold bedankt sich zunächst für die nunmehr ihm nunmehr erstmals überlassenen Änderungsanträge. Ihn habe zwar am 16.07.2015 eine Email erreicht, diese habe jedoch als Anhang Anträge mit dem Stand vom Mai 2015 gehabt. Vom aktuellen Stand habe er bislang keine Kenntnis gehabt. Dieses Verfahren sei so im Hinblick auf die langjährige Übung während der Haushaltsberatungen in dieser Stadtverordnetenversammlung ganz und garnicht einwandfrei, denn diese Änderungsanträge konnten in der BBB-Fraktion und auch in der SPD-Fraktion nicht wie sonst bei Haushaltsverhandlungen diskutiert werden.

Der Stadtverordnetenvorsteher stellt klar, dass es sich um heute neu einzubringende Änderungsanträge handele, die selbstverständlich heute Abend im Einzelnen diskutiert werden können.

Die Stadtverordnetenversammlung pausiert von 21:25 Uhr bis 21:47 Uhr.

Der Stadtverordnetenvorsteher eröffnet die Verhandlungen erneut und stellt mit 33 anwesenden Stadtverordneten die Beschlussfähigkeit fest.

Der Stadtverordnete Herget stellt den Antrag auf Verweisung sämtlicher Haushaltssachen inklusive der völlig neuen Änderungsanträge in den Haupt- und Finanzausschuss, damit ein geregeltes Verfahren eingehalten werden kann. Der Stadtverordnetenvorsteher stellt klar, dass es sich um die TOPe 7 – 34 handelt. Der Stadtverordnete Wenzel spricht gegen die Verweisung.

Abstimmung zum Verweisungsantrag: bei 15 Ja-Stimmen (SPD, BBB) und 18 Nein-Stimmen (CDU, GRÜNE, FDP) abgelehnt

Sodann erteilt der Stadtverordnetenvorsteher dem Stadtverordneten Linek das Wort. Dieser hebt zu seinem Wortbeitrag an.

Währenddessen verlassen sämtliche Stadtverordnete der SPD- und BBB-Fraktion den Saal bis auf den Stadtverordneten Diethöfer, der -schon stehend- im Sitzungssaal verbleibt.

Der Stadtverordnetenvorsteher bittet den Stadtverordneten Linek kurz innezuhalten.

Der Stadtverordnete Diethöfer lässt sich wie folgt ein: „Ich beantrage die Feststellung der Beschlussfähigkeit.“ Während dieser Worte sind, den Stadtverordneten Diethöfer im Sinne des § 53 Absatz 1 letzter Satz HGO eingerechnet, 19 Stadtverordnete im Sitzungssaal anwesend. Sodann verlässt auch der Stadtverordnete Diethöfer den Sitzungssaal. Der Stadtverordnetenvorsteher stellt fest –ohne dies dem Stadtverordneten Diethöfer aufgrund dessen Abwesenheit persönlich erläutern zu können–, dass der Antrag anders hätte formuliert werden müssen, da er zu Beginn der Sitzung und auch nach Wiedereröffnung der Verhandlungen nach der Pause die Beschlussfähigkeit einwandfrei festgestellt habe. Es hätte ausweislich des § 53 Absatz 1 HGO in dem Sinne des Gegenteils formuliert werden müssen, dass die Feststellung der Beschlussunfähigkeit beantragt werde. Dies sei nicht der Fall gewesen. Der Stadtverordnetenvorsteher fragt, ob ein anderes Mitglied der Stadtverordnetenversammlung den Antrag auf Feststellung der Beschlussunfähigkeit stellen wolle. Hierauf rührt sich niemand.

Sodann verlässt Stadtrat Lür den Saal, um einige Sekunden später mit dem Stadtverordneten Diethöfer wiederzukehren. Dieser lässt sich nunmehr wie folgt ein: „Dann beantrage ich eben Beschlussunfähigkeit“. Er verlässt hierauf wiederum den Sitzungssaal. Ab diesem Zeitpunkt sind 18 Stadtverordnete im Sitzungssaal anwesend. Der Stadtverordnetenvorsteher stellt fest, dass die Formulierung wiederum nicht einwandfrei gewesen sei, „Beschlussunfähigkeit“ könne nicht beantragt werden, sondern nur die diesbezügliche Feststellung.

Der Stadtverordnetenvorsteher fährt sodann fort und erteilt dem Stadtverordneten Linek erneut das Wort. Dieser spricht gegen die Haushaltsrede des Stadtverordneten Rabold und im Sinne des Haushaltskompromisses von CDU, GRÜNE und FDP.

Der Stadtverordnete Schafranka spricht ebenfalls gegen die Haushaltsreden der Stadtverordneten Beyer und Rabold.

Die Stadtverordnete Braun lässt sich dahingehend ein, dass sie bedauerlicherweise tatsächlich alte Änderungsanträge übersendet habe. Diese hätte den Adressaten freilich auffallen müssen.

Der Stadtverordnetenvorsteher erläutert das Abstimmungsverfahren: Es werde genau wie im Ausschussverfahren, damit sämtliche Anwesenden der Abstimmung gut folgen und themenverwandte Anträge beisammen behandelt werden können. Er weist darauf hin, dass sämtliche, nicht nur heute zu fassenden Beschlüsse, sondern insbesondere auch die Beschlussfassung vom 09.06.2015, die Erhöhung der Grundsteuer –B– betreffend, nachträglich redaktionell Eingang in die Haushaltssatzung finden. Dagegen regt sich kein Widerspruch.

Er ruft daher die TOPe 7 – 29 auf und bittet die Änderungsanträge an den vorgesehenen Stellen einzubringen und zu erläutern.

7	77/2015	Antrag CDU-Fraktion: Streichung einer im Stellenplan 2015 aufgeführten Stelle
---	---------	--

Abstimmung: einstimmig beschlossen

Beschluss:

Die im Produkt 01111070 (Finanzmanagement) im Stellenplan 2015 aufgeführte Stelle Entgeltgruppe 9 TVöD (IV b BAT) Neuschaffung einer Stelle für die KLR (Kosten- und Leistungsrechnung) im Haushalt 2015 wird nicht geschaffen. Der Haushalt 2015 wird durch diese Maßnahme, Kostenmäßig um ca. 56.800,- € (Entgelt, SV, ZV) entlastet.

8	78/2015	Antrag CDU-Fraktion: Neustrukturierung der Kinder- und Jugendarbeit (JUZ)
21	91/2015	Antrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Jugendarbeit

Der Stadtverordnete Rötzer zieht die DS 78/2015 zurück und bringt für die DS 91/2015 einen gemeinsamen Änderungsantrag mit der Fraktion B90/GRÜNE ein.

Abstimmung in der Fassung des Änderungsantrags: einstimmig beschlossen

Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, ein neues Konzept für die Kinder - und Jugendarbeit zu erarbeiten. Es soll in Zukunft die aufsuchende Jugendarbeit für Jugendliche über 14 Jahren im Fokus stehen. Weiterhin sollen die Angebote für Kinder- und Jugendliche entsprechend dem Leitbild „Bruchköbel 2025“ durch den Aufbau einer Förder- und Betreuungsstruktur in Kooperation mit KITAS, Schulen, Unternehmen, Vereinen und sozialen Einrichtungen an den Bedarfen im Rahmen des KJHG auf- und umgesetzt werden.

9	79/2015	Antrag CDU-Fraktion: Überprüfung der Verbrauchskosten Strom und Heizung in den städtischen Liegenschaften - nebst Ergänzungsantrag
---	---------	--

Abstimmung in der Fassung des Ergänzungsantrags: einstimmig beschlossen

Beschluss:

Für eine Haushaltskonsolidierung ab 2016 wird für die städtischen Liegenschaften der Aufbau eines Energiemanagementsystems vorgesehen. Die Überprüfung der Verbrauchskosten soll insbesondere um die Komponenten Wasser, Abwasser und Entsorgung sowie Strom umfassen.

10	80/2015	Antrag SPD-Fraktion: Interkommunale Zusammenarbeit starten – Konsolidierungspotentiale nutzen
----	---------	--

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt hier wie im Ausschuss einzeln abstimmen.

Abstimmung zu Ziffer I: bei 3 Ja-Stimmen (FDP) 2 Enthaltungen (die Stadtverordneten Schafranka und N.-M. Bürgstein) und Nein-Stimmen im Übrigen abgelehnt

Abstimmung zu Ziffer II: einstimmig abgelehnt

Abstimmung zu Ziffer III: bei 8 Ja-Stimmen (GRÜNE ohne den Stadtverordneten Schafranka, FDP), 1 Enthaltung (Stadtverordneter Schafranka) und Nein-Stimmen im Übrigen abgelehnt

Abstimmung zu Ziffer IV: bei 6 Ja-Stimmen (GRÜNE) und Nein-Stimmen im Übrigen abgelehnt

Abstimmung zu Ziffer V: bei 3 Ja-Stimmen (FDP), 1 Enthaltung (Stadtverordneter Schafranka) und Nein-Stimmen im Übrigen abgelehnt

11	81/2015	Antrag BBB-Fraktion: Zuschuss für Institutionen – Produkt 05351010 - nebst Ergänzungsantrag Zuschusshöhen Hospiz bzw. LaLeLu
----	---------	--

Abstimmung in der Fassung des Ausschusses: einstimmig beschlossen

Beschluss:

Die Institutionen Lawine, Frauenhaus, ask, Pro Familia und die Aids-Hilfe werden unverändert gefördert. Die Arbeitsgemeinschaft Hospizdienst Hanau (AGH) erhält 850 € und LaLeLu erhält 500 € im Haushaltsjahr 2015 als Zuschuss.

12	82/2015	Antrag BBB-Fraktion: Höchstbetrag Kassenkredite
26	96/2015	Antrag FDP-Fraktion: Begrenzung Kassenkredit

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt hier wie im Ausschuss in einem einheitlichen Vorgang abstimmen.

Abstimmung: einstimmig beschlossen

Beschluss:

Die Haushaltssatzung der Stadt Bruchköbel für das Haushaltsjahr 2015 wird in § 4 wie folgt gefasst:

Der Höchstbetrag der Kassenkredite die im Haushaltsjahr 2015 zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 30.000.000 € festgesetzt.

13	83/2015	Antrag BBB-Fraktion: Stellenbesetzungssperre
----	---------	---

Abstimmung: einstimmig abgelehnt

14	84/2015	Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und BBB: Hebesatz Grundsteuer B
----	---------	--

Abstimmung: einstimmig abgelehnt

15	85/2015	Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und BBB: Stellenplan
----	---------	---

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt wie im Ausschuss einzeln abstimmen.

Abstimmung zu Ziffer 1: einstimmig abgelehnt

Abstimmung zu Ziffer 2: bei einer Enthaltung (Stadtverordnete Dziony) einstimmig beschlossen

Abstimmung zu Ziffer 3: einstimmig abgelehnt

Abstimmung zu Ziffer 4: einstimmig beschlossen

Abstimmung zu Ziffer 5: einstimmig abgelehnt

Abstimmung zu Ziffer 6: einstimmig abgelehnt

Abstimmung zu Ziffer 7: einstimmig beschlossen

Abstimmung zu Ziffer 8: einstimmig beschlossen

Beschluss:

Im Teil B – Beschäftigte – werden folgende Regelungen getroffen:

- Im Produkt 01111020 wird die beantragte Teilzeitstelle mit 22,0 Stunden nach Entgeltgruppe 8 TVöD nicht neu geschaffen.
- Im Produkt 01111070 wird die beantragte Stelle nach Entgeltgruppe 9 TVöD nicht neu geschaffen.
- Im Produkt 10521100 wird die beantragte Stelle (Gärtnerfachkraft) nach Entgeltgruppe 5 TVöD nicht neu geschaffen.
- Im Produkt 10521100 wird die beantragte Stelle (Schreinerfachkraft) nach Entgeltgruppe 5 TVöD nicht neu geschaffen.

16	86/2015	Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und BBB: Komplette Organisationsprüfung und Planstellenanalyse
----	---------	---

Abstimmung: einstimmig abgelehnt

17	87/2015	Antrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Förderung des ÖPNV
----	---------	---

Der Stadtverordnete Linek bringt einen Änderungsantrag ein.

Abstimmung in der Fassung des Änderungsantrags: einstimmig beschlossen

Der Stadtverordnete Linek erklärt den Ursprungsantrag für erledigt.

Beschluss:

1. Die Haushaltsansätze im Produkt „Förderung des ÖPNV“ unter der Kostenstelle 1254700061000000 werden auf **940.000 €** festgeschrieben.
2. Die Leistungen der Stadt Bruchköbel an die KVG Main-Kinzig für den öffentlichen Personennahverkehr werden auf die vertraglich vereinbarten Summen begrenzt. In zurückliegenden Jahren zu viel geleistete Zahlungen sind zurückzufordern.

18	88/2015	Antrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Waldbewirtschaftung
----	---------	--

Der Stadtverordnete Wenzel bringt einen Änderungsantrag ein.

Abstimmung in der Fassung des Änderungsantrags: einstimmig beschlossen

Der Stadtverordnete Wenzel erklärt den Ursprungsantrag für erledigt.

Beschluss:

Mit Auslaufen des derzeitigen Forsteinrichtungswerkes mit Hessen Forst 2017 wird der bestehende Vertrag fristgerecht gekündigt. Zukünftig wird die Waldwirtschaft im städtischen Wald auf den Erhalt, die Pflege und die Sicherung des Waldes im Sinne eines Naturwaldes beschränkt. Die Schwerpunkte liegen auf Naherholung und Natur- und Artenschutz, die holzwirtschaftliche Nutzung als Schwerpunkt wird herausgenommen.

19	89/2015	Antrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Änderung der Satzung über die Erhebung einer Steuer auf Spielapparate und auf das Spielen um Geld oder Sachwerte im Gebiet der Stadt Bruchköbel. („Spielapparatesteuer“)
----	---------	---

Abstimmung: einstimmig beschlossen

Beschluss:

Die Satzung über die Erhebung einer Steuer auf Spielapparate und auf das Spielen um Geld oder Sachwerte im Gebiet der Stadt Bruchköbel. („Spielapparatesteuer“) wird wie folgt geändert bzw. ergänzt:

§4 Steuersätze

(1) Die Steuer beträgt

zu § 2a):

je angefangenen Kalendermonat und Apparat

1. für Apparate mit Gewinnmöglichkeit

a) in Spielhallen 20 v.H. der Bruttokasse

b) in Gaststätten und an sonstigen Aufstellorten 15 v.H. der Bruttokasse

2. für Apparate ohne Gewinnmöglichkeit

a) in Spielhallen 10 v.H. der Bruttokasse

höchstens 75,00 Euro

b) in Gaststätten und an sonstigen Aufstellorten 10 v.H. der Bruttokasse höchstens 75,00 Euro

3. Apparate, mit denen sexuelle Handlungen 60 v.H. der Bruttokasse, oder Gewalttätigkeiten gegen Menschen höchstens 500,00 Euro und Tiere dargestellt werden oder die eine Verherrlichung oder Verharmlosung des Krieges zum Gegenstand haben

zu § 2 b):

je angefangenem Quadratmeter und Kalendermonat 30,00 Euro

20	90/2015	Antrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Stadtmarketing GmbH
----	---------	--

Abstimmung: einstimmig beschlossen

Beschluss:

Die in der entsprechenden Haushaltsstelle benannten Mittel für die Stadtmarketing GmbH werden auf die im Wirtschaftsplan der GmbH so beschlossene Summe festgesetzt.

22	92/2015	Antrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Erhöhung der Grundsteuer A
----	---------	---

Die Stadtverordnete Bürgstein bittet, die Vorlage bis jetzt lautend auf das Jahr 2015 auf das Haushaltsjahr 2016 zu ändern.

Abstimmung:

Die Grundsteuer A wird im Jahre 2016 auf 388 Punkte angehoben.

23	93/2015	Antrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Gewerbeflächen - nebst Ergänzungsantrag Erweiterung nach Süden
----	---------	--

Der Stadtverordnete Rötzer zieht zunächst den Ergänzungsantrag aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses zurück, so dass die Abstimmung nur noch über den ursprünglichen Antrag erfolgt.

Abstimmung: einstimmig beschlossen

Beschluss:

Der Magistrat und an seiner Spitze der Bürgermeister werden aufgefordert intensiv an einer Ausweitung der Gewerbeflächen südlich des Lohfeldes bis ca. zum Krebsbach zu arbeiten.

24	94/2015	Antrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Feuerwehrbedarfsplan – Feuerwehrstandorte
27	97/2015	Antrag FDP-Fraktion: Freiwillige Leistungen – Feuerwehr

Der Stadtverordnete Linek zieht zunächst die DS 94/2015 zurück und bringt einen Ergänzungsantrag zu DS 97/2015 ein.

Abstimmung zur DS 97/2015 in der Fassung des Ergänzungsantrags: einstimmig beschlossen

Beschluss:

1. Für die anstehende Erstellung des Bedarfs- und Entwicklungsplans Feuerwehr wird ein externer, auf diesen Bereich spezialisierter Berater hinzugezogen. Die Kosten dafür sind auf 12 000 Euro zu begrenzen.

2. Die Gebührensatzung für den Einsatz der freiwilligen Feuerwehren der Stadt Bruchköbel wird überarbeitet und der Stadtverordnetenversammlung zur Entscheidung vorgelegt.

Dabei müssen Gesichtspunkte der demografischen Entwicklung, der finanziellen Ressourcen und der Effizienz der Feuerwehren bei der Frage nach der sinnvollen Anzahl der Feuerwehrgerätehäuser berücksichtigt werden.

25	95/2015	Antrag FDP-Fraktion: Stellenplan
----	---------	-------------------------------------

Die Stadtverordnete Braun bringt einen Ergänzungsantrag zu Ziffer 1 Satz 2 ein.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt wie im Ausschuss einzeln abstimmen.

Abstimmung zu Ziffer 1 in der Fassung des Ergänzungsantrags: einstimmig beschlossen
Abstimmung zu Ziffer 2: einstimmig beschlossen

Beschluss:

1. Der Stellenplan der Stadt Bruchköbel wird für den Zeitraum des Haushaltsjahres 2015 auf den Ist-Zustand begrenzt (Stichtag 31.12.2014). Davon ausgenommen sind Neuschaffungen von Stellen im Bereich Sozial- und Erziehungsdienste, sofern dies nach den Vorgaben des HessKiFÖG geboten ist, Stellen mit KW-Vermerk und Höhergruppierungen gemäß Haushaltsbeschluss.

2. Für frei werdende Stellen gilt ab diesem Zeitpunkt eine sechsmonatige externe Stellenbesetzungssperre; über Ausnahmen entscheidet die Stadtverordnetenversammlung im Einzelfall. Ausgenommen von der generellen Stellenbesetzungssperre sind Stellen in den Kindertagesstätten, sofern dies nach den Vorgaben des HessKiFÖG geboten ist. Die Regelung tritt mit Haushaltsbeschluss in Kraft.

28	98/2015	Antrag FDP-Fraktion: Freiwillige Leistungen – technische Haushaltssperre
----	---------	---

Die Stadtverordnete Braun bringt einen Änderungsantrag ein.

Abstimmung zum Änderungsantrag: einstimmig beschlossen

Die Stadtverordnete Braun erklärt den Ursprungsantrag für erledigt.

Beschluss:

Die freiwilligen Leistungen sind in der Gesamtsumme um 3 Prozent zu kürzen. Es liegt dabei im Ermessen des Magistrates, wo ob bei allen Bereichen der gleiche Prozentsatz eingespart wird oder ab mit größeren Kürzungen in einzelnen Bereichen die Gesamtsumme erreicht wird.

29	99/2015	Antrag FDP-Fraktion: Freiwillige Leistungen – Hortbetreuung
----	---------	--

Die Stadtverordnete Braun bringt einen Änderungsantrag ein.

Abstimmung zum Änderungsantrag: einstimmig beschlossen

Die Stadtverordnete Braun erklärt den Ursprungsantrag für erledigt.

Beschluss:

Hauptstraße 32
63486 Bruchköbel

Telefon: 06181/ 975-221
Telefax: 06181/ 975-203

E-Mail: awaechtler@bruchkoebel.de
Website: www.bruchkoebel.de

Seite 11 von 14

Abstimmung: einstimmig beschlossen

Beschluss:

Dem Investitionsprogramm für den Zeitraum von 2014 bis 2018 wird gemäß § 101 Absatz 3 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung vom 01.04.2005 (GVBl. I S. 142), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. Juli 2014 (GVBl. I S. 178) zugestimmt.

32	61/2015	Finanzplanung für die Haushaltsjahre 2014 bis 2018
----	---------	--

Abstimmung: einstimmig beschlossen

Beschluss:

Dem Entwurf der Finanzplanung für die Haushaltsjahre 2014 bis 2018 wird gemäß § 101 Abs. 4 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung vom 01.04.2005 (GVBl. I S. 142), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. Juli 2014 (GVBl. I S. 178), einschließlich der beschlossenen Änderungen, zugestimmt.

33	60/2015	Haushaltssicherungskonzept für die Haushaltsjahre 2014 bis 2018
----	---------	---

Abstimmung: einstimmig beschlossen

Beschluss:

Dem Entwurf des Haushaltssicherungskonzepts, einschließlich der beschlossenen Änderungen, für die Haushaltsjahre 2014 bis 2018 wird gemäß § 92 Abs. 4 HGO zugestimmt.

- das Haushaltssicherungskonzept ist Bestandteil des Haushaltes 2015

34	59/2015	Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2015
----	---------	---

Abstimmung: einstimmig beschlossen

Beschluss:

Aufgrund der §§ 94 ff. der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung vom 01.04.2005 (GVBl. I S. 142) zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. Juli 2014 (GVBl. I S. 178) hat die Stadtverordnetenversammlung am 21.07.2015 folgende Haushaltssatzung beschlossen:

- siehe Satzungstext einschließlich der Änderungen -

35	107/2015	Beschlussfassung über den geprüften Jahresabschluss 2010 und Entlas-
----	----------	--

Hauptstraße 32
63486 Bruchköbel

Telefon: 06181/ 975-221
Telefax: 06181/ 975-203

E-Mail: awaechtler@bruchkoebel.de
Website: www.bruchkoebel.de

Seite 12 von 14

Abstimmung: einstimmig beschlossen

Beschluss:

Gemäß den §§ 51, 113, 114 HGO wird dem vom Rechnungsprüfungsamt des Main-Kinzig-Kreises geprüften Jahresabschluss der Stadt Bruchköbel für das Haushaltsjahr 2010 beschlossen und dem Magistrat Entlastung erteilt.

36	124/2015	Bauleitplanung der Stadt Bruchköbel, Bebauungsplan „Bindwiesen“ Abwägung und Satzungsbeschluss
----	----------	---

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt wie im Ausschuss einzeln abstimmen.

Abstimmung zu Ziffer 1: einstimmig beschlossen

Abstimmung zu Ziffer 2: einstimmig beschlossen

Abstimmung zu Ziffer 3: einstimmig beschlossen

Abstimmung zu Ziffer 4: einstimmig beschlossen

Beschluss:

1. Die in der Anlage befindlichen Beschlussempfehlungen zu den im Rahmen der erneuten Öffentlichkeitsbeteiligung und der erneuten Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4a Abs. 3 BauGB eingegangenen Anregungen, werden nach ausführlicher Diskussion als Stellungnahmen der Stadt Bruchköbel beschlossen.

2. Die in der Anlage befindlichen Abwägungen zu den eingegangenen Stellungnahmen im Zuge der Offenlage gem. § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB werden nach ausführlicher Diskussion als Stellungnahmen der Stadt Bruchköbel beschlossen (Anlage 1).

3. Der vorliegende Bebauungsplan „Bindwiesen“, wird gem. § 10 BauGB sowie die darin getroffenen bauordnungsrechtlichen Festsetzungen als Satzung beschlossen. Der Bebauungsplan besteht aus Plankarte, Textlichen Festsetzungen und Begründungstext (Anlage 2).

4. Der Satzungsbeschluss wird gem. § 10 BauGB im Hanauer Anzeiger ortsüblich bekannt gemacht.

37	125/2015	Bauleitplanung der Stadt Bruchköbel, Bebauungsplan „Peller II und III“ Erweiterter Aufstellungsbeschluss und Entwurfs- und Offenlagebeschluss
----	----------	--

Die Stadtverordnete Bürgstein stellt folgenden Änderungsantrag:

„1. Im Plangebiet wird die Stresemannstraße auf der Südseite nur einreihig bebaut. Eine zweite Reihe – wie im Entwurf dargestellt – entfällt.

2. An der Südseite der Bebauung Erich-Ollenhauer-Straße wird an den Grundstücken keine Straße vorbeigeführt.

3. Wenn dort eine Bebauung erfolgen sollte, dann nur direkt angrenzend an die Gärten der bestehenden Bebauung. Die Erschließung erfolgt südlich der neuen Grundstücke.

4. Südlich der neuen Erschließungsstraße kann somit die Fällung der Bäume innerhalb des in der Planskizze eingetragenen 20-m-Streifens entfallen. Die Zone ist aus der Skizze zu entfernen.

5. Die Erschließung im Peller 2 wird in Form einer Ringstraße ausgeführt. Es gibt keine Verbindung zwischen Peller 2 und 3.

6. Die Waldseestraße bleibt bis zum Eingang Neuer Friedhof erhalten. Vom Ende der Wohnbebauung bis zum Eingang Neuer Friedhof werden entlang der Waldseestraße Senkrechtparker eingerichtet. Dafür entfallen die Parkplätze westlich und östlich des Eingangs Neuer Friedhof. Der Fußweg zur Dicken Eiche bleibt erhalten.

7. Die Kleingartenanlage „Am Waldsee“ wird vom bestehenden östlichen Eingang Am Pellerweg her erschlossen. Gegenüber des Eingangs werden Senkrechtparker entlang des Pellerwegs eingerichtet. Der Pellerweg ist – wie bisher – über die Stresemannstraße erreichbar.

8. Die in der Planskizze dargestellte neue Erschließung Neuer Friedhof und die eingetragenen neuen Parkplätze entfallen.

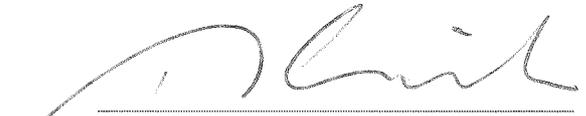
9. Die Planskizze ist beigelegt.“

Der Stadtverordnete Rötzler stellt den Antrag auf Verweisung der Sache in den Ausschuss für Bau, Umwelt und Verkehr, auch könne der avisierte Änderungsantrag der BBB-Fraktion dort mitberaten werden.

Abstimmung: einstimmig in den Ausschuss für Bau, Umwelt und Verkehr verwiesen

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Stadtverordnetenvorsteher die Sitzung um 22:42 Uhr.

(Thomas Demuth)
Stadtverordnetenvorsteher



(Dr. Achim Wächtler)
Schriftführer